



Herrn
Jürgen Trittin
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Claudia Dörr-Voß

Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-68-70
FAX +49 (0)3018 615-51 44
E-MAIL Buero-st-d-v@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 3. August 2018

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Juli 2018 Frage Nr. 393

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung, die von EU-Kommissionspräsident in Aussicht gestellten höheren Importe von Soja und Flüssiggas (LNG) aus den USA zu realisieren bzw. welche Maßnahmen wären aus Sicht der Bundesregierung dazu geeignet?

Antwort:

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass es bei den in der gemeinsamen Schlusserklärung angesprochenen Aktivitäten nicht um spezifisch deutsche, sondern um Aktivitäten der EU geht.

Hinsichtlich der Einfuhr von Sojabohnen aus den USA kann eine Reihe von Faktoren eine Steigerung der europäischen Nachfrage begünstigen.

In Folge der chinesischen Strafzölle, u.a. auf US-Sojabohnen, dürften südamerikanische Anbieter künftig vermehrt die chinesische Nachfrage bedienen und damit die US-Ware ersetzen. Mit dieser Umlenkung des Handels aus Südamerika nach China dürften die USA verstärkt auf dem EU-Markt anbieten können. In den letzten Monaten ist bereits ein deutlicher Anstieg der Importe von Sojabohnen aus den USA in die EU festzustellen. Unverändert bleibt jedoch die Bedingung, dass alle EU-

Anforderungen für Importware, insbesondere der EU GMO-Rechtsrahmen, weiterhin erfüllt sein müssen.

Hinsichtlich LNG gilt, dass der europäische Markt offen für LNG-Importe ist. In Deutschland gibt es bislang keine LNG-Importterminals. Allerdings besteht bereits eine Anbindung an das deutsche Gasnetz über die LNG-Terminals in Rotterdam, Zeebrügge, Dünkirchen und Swinemünde, die im Durchschnitt weniger als 25 Prozent ausgelastet sind. Private Investoren prüfen zudem aktuell den Bau von LNG-Terminals in Deutschland an drei Standorten: Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven. Die Bundesregierung begrüßt solche LNG-Projekte. Privatwirtschaftliche Investitionen in die Gastransportinfrastruktur in Deutschland erlauben eine Diversifizierung der deutschen Gasversorgung und können somit die Versorgungssicherheit weiter erhöhen. Auch aus diesem Grund hat bereits der Koalitionsvertrag die Schaffung von LNG-Infrastrukturen in Deutschland vorgegeben. Sollten LNG-Infrastrukturen entstehen, wäre die direkte Anlieferung von LNG aus den USA möglich. Die Eingehung von vertraglichen Lieferungen bleibt im liberalisierten Gasmarkt gleichwohl den privaten Marktbeteiligten freigestellt und wird diesen nicht vorgegeben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Claudia Joh-Lof', written in a cursive style.